

Newsletter aus Brüssel

04.6.2020, Ausgabe 39

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Europas Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise
- Deutschland übernimmt Vorsitz im Rat der Europäischen Union
- Europäisches Kurzarbeitergeld

Europas Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise

Die EU-Kommission stellt Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung des Kontinents vor. Im Vordergrund steht der Einstieg in eine sozial-ökonomische Transformation und die Stärkung der europäischen Wertschöpfungsketten.

Die Corona-Pandemie zwingt Deutschland und unsere europäischen Nachbarländer zu weitreichenden Maßnahmen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Geschlossene Fabriken in China, später dann Italien, Spanien und Frankreich, führten zu einem Einbruch der Auftragslage in vielen Betrieben und einem Abbruch der Lieferketten. In einer Situation, in der branchen- und länderübergreifend die Wirtschaft einbricht, brauchen wir entschlossene und solidarische Antworten zur schnellen Erholung und zur Sicherung von industrieller Produktion und Arbeitsplätzen in Deutschland und Europa.

Darum war es wichtig, dass zunächst Deutschland und Frankreich mit einem Vorschlag für ein europäisches Konjunkturpaket vorangingen und die EU-Kommission große Teile davon in einem nun veröffentlichten Plan aufgegriffen hat.

Der neueste Vorschlag sieht einen einmaligen und auf die Jahre 2021 bis 2024 begrenzten Aufbaufonds für die europäische Wirtschaft vor. Mit 560 Milliarden Euro aus dem Aufbaufond soll die sozial-ökologische Transformation der europäischen Volkswirtschaften eingeleitet werden. Länder, bei denen die Arbeitslosigkeit auf Grund der Corona-Krise am stärksten angestiegen und deren Wirtschaftseinbruch am größten ausgefallen ist, erhalten die größte Unterstützung der europäischen Gemeinschaft.

Die Europäische Kommission will die Mehrausgaben durch die Aufnahme von europäischen Wertpapieren an den Kapitalmärkten finanzieren. Durch die gute Bonität erhält die Kommission die Anleihentitel zu günstigen Konditionen. Die Rückzahlung soll über den EU-Haushalt laufen und nach 2028 in einem Zeitraum von 30 Jahren erfolgen. Dazu schlägt die EU neue Abgaben für die globalen Digital-Konzerne vor, die aktuell ein großes Wachstum verzeichnen. Auch eine mögliche CO₂-Grenzsteuer oder die Erweiterung des Emissionshandelssystems auf den Schiffs- und Flugverkehr werden als Finanzierungsmöglichkeiten genannt.

Darüber hinaus werden extra Gelder für eine stärkere Kooperation im Bereich der Gesundheit bereitgestellt, wie zum Beispiel der Entwicklung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus. Für gut wirtschaftende Unternehmen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, plant die Kommission ebenfalls Unterstützungsmaßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalquote.

Neben dem Aufbaufond laufen die Verhandlungen zum regulären EU-Haushalt. Im Raum stehen 1.100 Milliarden Euro für die Jahre 2021 bis 2027, wobei gerade in den ersten Jahren über die EU-Strukturfonds den Mitgliedsländern vermehrt Gelder zur Verfügung gestellt werden soll.

Das Paket ergänzt bereits eingeleitete Soforthilfemaßnahmen wie zum Beispiel den im April erlassenen europäischen Fond für nationale Kurzarbeitermodelle (rund 100 Milliarden Euro, siehe Beitrag unten).

Der Vorschlag der EU-Kommission ist ein vielversprechender Auftakt für die nun folgenden Budget-Verhandlungen der 27 Regierungschefs. Angesichts des Ausmaßes der Krise sind neue Finanzinstrumente zur erfolgreichen Bewältigung der Krise nötig. Daher ist die Aufnahme gemeinschaftlicher Anleihen begrüßenswert. Die Vergabe von EU-Haushaltsgeldern darf aber nicht an kontraproduktive Strukturreformen geknüpft werden. Vielmehr muss die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Förderung des Sozialdialogs und die Stärkung der Kollektivvertragssysteme oberstes Ziel haben.

Die Europäische Union hat nun die Möglichkeit, unsere europäischen Industrien mit ihren Beschäftigten langfristig zu stärken und aus der Krise herauszuführen.

Eine Einigung ist frühestens im Juli, wahrscheinlich aber eher im Herbst absehbar. Deutschland übernimmt am 1. Juli die sechsmonatige Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Somit kommt der Bundesregierung eine entscheidende Rolle bei den nun anstehenden Verhandlungen zu.

Deutschland übernimmt Vorsitz im Rat der Europäischen Union

Die Bundesregierung will den Kampf gegen das Virus und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa voranbringen und gleichzeitig bei Klimaschutz, Digitalisierung und beim EU-Haushalt Fortschritte machen.

Deutschland übernimmt am 1. Juli die wechselnde und für 6 Monate dauernde EU-Ratspräsidentschaft. Die Herausforderungen sind angesichts der Corona-Pandemie und der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen groß.

Der Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft wird daher auf einer schnellen Einigung des EU-Haushalts und des europäischen Konjunkturpakets liegen. Spannend wird dabei die Frage, an welche Bedingungen die europäische Strukturförderung geknüpft werden soll und wie der Strukturwandel durch EU-Förderprogramme sozial und ökologisch unterstützt werden kann. Daher fordert die IG Metall, dass die Sozialpartner bei der Mittelvergabe mit eingebunden werden. Europäische Gelder sollten nur für öffentliche Investitionen im Bereich der Digitalisierung und der sozialökologischen Transformation bereitgestellt werden.

Seit Scheitern der Fusion von Siemens und Alstom 2019 drängt Deutschland auf eine

Reform des europäischen Wettbewerbsrechts. Angela Merkel und Emmanuel Macron bekräftigten unlängst in einem gemeinsamen Papier Rufe nach einer Modernisierung. Danach soll die Wettbewerbspolitik stärker nach industriepolitischen Zielen als nach Konsumenteninteressen im Binnenmarkt ausgerichtet werden.

Als ob die Aussichten nicht schon unsicher genug wären, fallen die vermutlich letzten und entscheidenden Verhandlungen mit Großbritannien über die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft. Zum Wohle der Briten und des gesamten Kontinents muss ein "no deal"-Brexit unter allen Umständen verhindert werden. Gleichzeitig darf kein Land außerhalb der EU bessergestellt werden als ein Mitgliedsland. Ein uneingeschränkter Handel darf daher nur gewährt werden, wenn gleichzeitig europäische Arbeits- und Sozialstandards sowie Umweltstandards eingehalten werden.

• [Weitere Informationen zur deutschen Ratspräsidentschaft auf https://www.eu2020.de/](https://www.eu2020.de/)

Europäisches Kurzarbeitergeld

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes muss in allen Ländern oberste Priorität haben. Deshalb sind neben den Mitteln der Wirtschafts- und Finanzpolitik besonders arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Bereits im April verabschiedet und seit Anfang Juni einsatzbereit ist das europäische Kurzarbeitergeld. Nach dem Vorbild des deutschen Erfolgsmodells unterstützt die Europäische Union alle EU-Länder bei der Ausgestaltung und Finanzierung des nationalen Kurzarbeitergelds.

Vor allem in der Krise 2008/2009 haben wir in Deutschland mit dem Instrument der Kurzarbeit sehr gute Erfahrungen machen können. International gilt die Einführung des deutschen Kurzarbeitergelds als ein Hauptgrund für die schnelle wirtschaftliche Erholung nach der Weltwirtschaftskrise. Das Programm legte zugleich den Grundstein für das langanhaltende Wirtschaftswachstum der letzten Jahre.

Daher haben fast alle europäischen Länder ähnliche Instrumente etabliert und können diese nun mit europäischer Unterstützung weiter ausbauen. Dafür wurde ein Paket von 100 Milliarden Euro geschnürt, das die Länder bei der Finanzierung des nationalen Kurzarbeitergelds unterstützt. Dabei ist wichtig zu betonen, dass jedes Land die Kurzarbeit auf die Besonderheiten des nationalen Arbeits- und Tarifrechts anpassen kann.

• [Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise - Aktuelle Regelungen in Deutschland und Europa \(Policy Brief WSI 04/2020\)](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Brüsseler Büro
FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +49 (0) 69 6693 3703 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)